

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
werte Gäste,

Rekorde bezüglich Wetter und Klima werden offensichtlich zur Normalität

☒ Auf der letzten Weltklima-Konferenz in Madrid wurde auch bekannt, dass Deutschland nach einem Ranking von (der Entwicklungsorganisation) Germanwatch im vergangenen Jahr zu den drei am stärksten von Extremwetter (Hitzewellen, Stürme und Dürren) betroffenen Staaten gehörte (neben Japan und den Philippinen).

☒ 2019 war das drittwärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, wie der Deutsche Wetterdienst um den Jahreswechsel verkündete.

☒ Auch die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre erreichte 2019 einen Höchststand. Laut Weltorganisation für Meteorologie (WMO) liegt sie inzwischen so hoch wie seit 15 Millionen Jahren nicht mehr.

Und die Auswirkungen dieser Entwicklungen spüren wir mittlerweile auch direkt vor unserer Haustür: kaum Schnee mehr im Winter, sterbende Fichten im Thüringer Wald, ausgetrocknete Trinkwasserbrunnen im Sommer.

Sie alle erinnern sich an die letzten beiden Hitze- und Dürresommer.

Wir alle kennen diese Fakten! Und wir haben die Verantwortung für unseren Planeten, für unsere Umwelt, für unsere Zukunft und für die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Schnelles Handeln heißt deshalb die Devise – die uns im Übrigen auch nahezu alle seriösen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dringend nahe legen!

Anrede,

Die Einforderung der Senkung der Treibhausgasemissionen und die Anpassung an den Klimawandel ist eine Überlebensfrage. Wir brauchen Klimaschutz auf allen Ebenen, denn wenn wir es nicht schaffen, unseren CO₂-Ausstoß massiv zurückzufahren und den Temperaturanstieg auf der Erde zu begrenzen, werden wir Probleme in einem Ausmaß bekommen, die wir uns jetzt im Einzelnen noch gar nicht vorstellen können.

Und Sie, meine Damen und Herren von der AfD, wischen diese Tatsachen einfach vom Tisch! Wo ist Ihr konstruktiver Vorschlag für Klimaschutz, wo sind ihre Lösungen gegen die Klimakrise?

Während Tausende von Schülerinnen und Schülern seit Monaten für eine wirksame Klimapolitik auf die Straße gehen und uns Politiker an unsere Verantwortung den nachfolgenden Generationen gegenüber erinnern, ignorieren Sie Fakten und Meinen, dass wir einfach so weitermachen könnten wie bisher.

Es ist falsch und unverantwortlich, wenn Sie Ängste gegen Veränderungen schüren und so tun, alles könne alles so bleiben, wie es ist. Denn gerade das Gegenteil ist doch richtig: Nur wenn wir JETZT etwas tun, wenn wir auf erneuerbare Energien setzen und unsere Wirtschaft mit grünen Technologien zukunftsfest machen, nur dann werden wir den Wohlstand, gute Arbeitsplätze und ein lebenswertes Thüringen erhalten können.

Ja, wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst, die sich Gedanken um unsere Zukunft machen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat dazu im November getwittert (19.11.): „Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst. Deshalb steigen wir aus der Kohleverstromung aus, deshalb erhöhen wir den Anteil der erneuerbaren Energien, und deshalb geben wir über 40.000.000.000 (Milliarden) Euro für Klimaschutz aus.“

Ich hoffe, wir können ihn da beim Wort nehmen.

Anrede,

Eine gute zukunftsgerichtete Energiepolitik gut für die Wirtschaft, denn sie löst eine dauerhafte Investitionstätigkeit aus, vor allem in eine produktive Infrastruktur mit positiven Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft.

Die Energiewende ist, wie ich neulich in einer Fraunhofer-Studie gelesen habe, ein „Investitionsvorhaben mit positiver Gewinnerwartung“. Und in Thüringen schreibt bereits eine Vielzahl von Unternehmen mit grünen Ideen schwarze Zahlen: Wir haben 60.000 Jobs in der Umweltwirtschaft in Thüringen (-> Umweltwirtschaftsstudie).

Eine gute Energiepolitik schafft damit neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze im Land und nimmt nicht billigend in Kauf – wie die zögerliche und falsche Klimapolitik des Bundes in den letzten Jahren – dass bei uns tausende von bereits vorhandenen Arbeitsplätzen in den Zukunftsbranchen Solar- und Windindustrie wieder weggefallen sind.

Denken Sie auch allein an den finanziellen Aspekt: Noch immer geben wir jährlich schätzungsweise 2 Milliarden Euro aus. Und das zum Großteil für den Import von endlichen fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas. Das ist Geld, dass wir doch besser hier ausgeben wollen – für erneuerbare, dezentrale Energie aus Thüringen: zuverlässig, bezahlbar und umweltverträglich.

Eine gute Energiepolitik trägt damit die Wertschöpfung in die Regionen und zeigt den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie vor Ort ganz handfest von dezentralen Erzeugungsanlagen profitieren können, und zwar nicht nur dadurch, dass die CO₂-Bilanz stimmt, sondern auch ökonomisch.

Zum Beispiel

- Büttstedt (Eichsfeld): Seit 2003 fließen 140.000 bis 185.000 Euro jährlich in die Gemeindekasse Der (CDU) Bürgermeister Josef Degenhardt konnte mit Hilfe der Einnahmen aus einem Windpark die marode Mehrzweckhalle ersetzen und eine neue Halle bauen. Außerdem konnte so die alte Grundschule saniert werden, wobei acht neue Wohnungen entstanden sind.

- WP Uthleben / Stadtwerke Nordhausen / Bürgerwindrad

Nach Errichtung der Windkraftanlage wurde der Windpark an die Stadtwerke Nordhausen verkauft. Hier mit der Aufgabenstellung eine direkte Beteiligung bis zu 49,9 % für Thüringer Bürgerenergiegenossenschaften zu ermöglichen – wurde sehr gut angenommen – 100 % regional, dezentral, lokal für Thüringen

Und zum Thema Energiepreise möchte ich sagen: Konventionelle Kraftwerke und Brennstoffe werden immer noch subventioniert. Wenn wir die Schäden fossiler Energieerzeugung, die bis jetzt immer noch in hohem Maße der Steuerzahler trägt, konsequent in die Energiekosten einpreisen (und dahin müssen und werden wir mit der CO₂-Bepreisung kommen), dann sieht die Sache schon ganz anders aus. Bei einer fairen Ausgestaltung unseres Energiekostensystems sind die Erneuerbaren Energien unschlagbar, schon jetzt und langfristig sowieso.

Sicher: die Installation erneuerbarer Energien, also vor allem von Windrädern oder von Solaranlagen führt zu einer Veränderung unserer Landschaft. Und ich kann nachvollziehen, dass die Akzeptanz solcher Veränderungen an der einen oder anderen Stelle schwerfällt. Das ist eine politische Diskussion, die wir in der nächsten Zeit vertieft führen werden und der ich mich nicht verschließe.

Ich möchte dabei auch noch ein weiteres Argument in die Diskussion bringen – denn ja, erneuerbare Energien verändern das Landschaftsbild. Aber die Klimakrise und die Erderhitzung, die ohne Erneuerbare noch drastischer werden wird, sie zerstört und verändert unser Landschaftsbild dramatisch – und das womöglich irreversibel – durch Dürre und Wassermangel, durch Unwetterschäden, durch zurückgehende landwirtschaftliche Produktion und durch Ernteausfälle. Durch den Borkenkäfer zum Beispiel, dessen Entwicklung durch ansteigende Temperaturen begünstigt wird. Hier liegen große Bedrohungen unserer Landschaft und dagegen wollen wir mit dem Umbau unseres Energiesystems vorgehen.

Und wenn ich mir Ihre Anträge ansehe, möchte ich fragen: Wie sieht denn Ihr Konzept für mehr Erneuerbare Energien aus?

Nur wie die AfD zu sagen: „Wind wollen wir nicht“ ist viel zu kurz gedacht und wird nicht funktionieren.

Vor allem finde ich es absolut inakzeptabel, mehr oder weniger unausgesprochen die konventionelle Energieerzeugung an anderen Orten, wie etwa die polnische Kohlestromezeugung, in Kauf zu nehmen und zu meinen, damit auf den Ausbau der erneuerbaren Energien bei uns verzichten zu können! So funktioniert ein solidarisches Europa nicht und so funktioniert Klimaschutz nicht!

Deshalb halte ich nichts davon, wenn Sie versuchen, Stimmung gegen die Energiewende zu machen und unsere Anstrengungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu hintertreiben.

Und deshalb begrüße ich auch den durchaus sachlichen Alternativantrag der CDU, der wichtige Probleme des Windenergieausbaus anspricht, und eine gute Grundlage dafür bietet, über diese Probleme noch intensiver ins Gespräch zu kommen.

Sie sprechen allen voran das Thema Akzeptanz an,

Ja, in der Tat, die brauchen wir. Und wir müssen noch viel mehr darum werben und auch an den allgemeinen Kommunikationsstrukturen arbeiten. Klar, es kann nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger erst durch die Ankündigung von Schwerlasttransporten über den Bau von Windenergieanlagen informiert werden (-> STZ, Samstag 25.01.: 2 neue Windräder auf dem Waldauer Berg bei Schleusingen).

Klar, dass sich hier Bürgerinnen und Bürger überrumpelt fühlen, auch wenn es an genereller Akzeptanz eigentlich nicht mangelt: Laut einer aktuellen Umfrage des Umweltbundesamtes und des Bundesumweltministeriums befürworten 90% der Befragten den Ausbau der Erneuerbaren und lediglich gut 12,5 % fühlen sich durch Windräder gestört oder belästigt. Das sind gute Grundlagen, auf denen wir aufbauen wollen.

Ich möchte ganz klar sagen, dass wir die Bedenken und Ängste der Thüringerinnen und Thüringer sehr ernst nehmen. Wir haben auch schon im letzten Jahr einen „Runden Tisch Windenergie“ geschaffen, den wir dieses Jahr fortführen möchten, um dauerhaft im Gespräch und im Austausch zu bleiben.

Wenn Sie nur die Sorgen und Ängste von zum Teil sehr lauten Windkraftgegnerinnen und -gegnern so in den Fokus rücken, zeichnen Sie ein Zerrbild. Lassen Sie uns auch dem leiseren und deutlich größeren Teil der Thüringerinnen und Thüringer zuhören, die sich für eine Energiewende aussprechen und sich zum Teil auch in Bürgerenergiegenossenschaften für den Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen.

Lassen Sie uns die Diskussion auf der Grundlage von Fakten und auf der Grundlage der auch bundespolitisch längst beschlossenen Energiepolitik führen: denn klar ist doch auch, dass Energiepolitik nicht nur auf Landesebene gemacht wird.

Auch hier können Sie sich einbringen, liebe Kollegen der CDU: Die EEG-Novelle steht in den Startlöchern, das (vor-)parlamentarische Verfahren dazu wurde unlängst für dieses Frühjahr angekündigt.

Sie sprechen Windkraft und Wald an. Lassen Sie uns darüber reden. Ich gebe an dieser Stelle zu bedenken, dass Thüringens Landesfläche zu rund einem Drittel mit Wald bedeckt ist. Und wie wir nach den zwei Dürre-Sommern wissen: Wir haben in Thüringen zu wenig robusten Mischwald, und zu viel für Dürre und Borkenkäfer anfällige Monokulturen Fichte.

Was passiert auf 2 ha Wald, fragen Sie auf Ihrem Twitterkanal – viel gutes, wenn er gesund ist.

Was passiert auf 2 ha krankem Wald? Nicht mehr viel!

Kein guter Lebensraum für Pflanzen und Tiere, keine gute Sauerstoffproduktion und keine gute CO₂-Bindung!

Und was passiert auf 2 ha krankem Wald, wenn dort Windenergieanlagen errichtet werden? (= 2 WEA à 3,5 MW)

- Wir produzieren sauberen Strom (12.600.000 Kilowattstunden)
- Wir sparen 6526 Tonnen CO₂ pro Jahr ein
- und wir forsten an anderer Stelle mindestens 2 ha gesunden klimaresistenten Mischwald wieder auf → guter Lebensraum für Pflanzen und Tiere, gute Sauerstoffproduktion und gute CO₂-Bindung!

Wenn ich die Situation richtig einschätze, dann werden wir in dieser Legislaturperiode ein neues Landesentwicklungsprogramm auflegen. Das wird erfahrungsgemäß einhergehen mit ausgiebigen, detaillierten Diskussionen, auch hier im Landtag. Und die Zeit für diese Diskussionen sollten wir uns auch im Hinblick auf die Konzeption der Planung des Windenergieausbaus nehmen.

Lassen Sie mich deshalb hier nur noch kurz etwas zu Ihren einzelnen Forderungen sagen.

1. Was die Einführung eines Mindestabstandes von Windenergieanlagen anbetrifft, so ist der aktuelle Stand der, dass die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zurückgezogen hat. Die Sache ist

aber in der Tat noch nicht vom Tisch. Inzwischen gibt es neue, auch aus unserer Sicht durchaus bedenkenswerte Vorschläge des Bundeswirtschaftsministers, über die wir reden sollten. Im Übrigen hat die Landesregierung bereits in ihrem Winderlass von 2016 eine Abstandsempfehlung von 1000 Metern für große Windenergieanlagen gegeben. Jeder der danach erarbeiteten Regionalpläne bzw. Regionalplanentwürfe sieht mindestens 1000 Meter Abstand zur Wohnbebauung vor.

Aber wir sollten uns auch darüber im Klaren sein: Mindestabstände lösen keine Probleme, jedenfalls keine Akzeptanzprobleme. Ich jedenfalls kann in Mittelthüringen, wo der geltende Teilplan Wind schon jetzt die von Ihnen gewünschten Mindestabstände von 1250 Metern vorsieht, keine Akzeptanzunterschiede zu anderen Thüringer Regionen erkennen.

2. Das Helgoländer Papier ist eines von mehreren wichtigen Papieren zum Thema Vogelschutz. Vielleicht wissen Sie ja gar nicht, dass wir in Thüringen dazu den „Avifaunistischen Fachbeitrag“ erarbeitet und den Naturschutzbehörden bereits zum 1.1.2018 verbindlich vorgegeben haben. Der Avifaunistische Fachbeitrag, der übrigens bundesweite Beachtung gefunden hat, greift die Forderungen des Helgoländer Papiers auf und hat einen auf die konkreten Thüringer Verhältnisse zugeschnittenen Vogelschutz entwickelt, der von den unteren Naturschutzbehörden verbindlich anzuwenden ist.

3. Auch Repowering ist ein Thema, über das wir reden sollten, wenngleich mir nicht ganz klar ist, was Sie unter einer Repowering-Strategie verstehen. Das LEP Thüringen 2025 versteht unter Repowering „,, alte Windenergieanlagen am gleichen Standort durch neue und wesentlich leistungsstärkere Anlagen zu ersetzen, Standorte von Windenergieanlagen außerhalb der Vorranggebiete Windenergie in die Vorranggebiete zu verlagern sowie effektive und leistungsfähige Anlagen zu ermöglichen“.

Sie scheinen jedoch nur den erstgenannten Aspekt, nämlich das Ersetzen alter Windenergieanlagen am gleichen Standort darunter zu verstehen. Und Sie gehen davon aus, dass damit die Inanspruchnahme neuer Flächen vermieden werden könnte.

Schön wär's, kann ich da nur sagen, das fände ich auch. Aber das würde nur dann funktionieren, wenn sämtliche in Thüringen errichteten Windenergieanlagen innerhalb von wirksamen Vorranggebieten stünden. Das ist aber leider nicht der Fall! Betrachtet man die aktuellen Planentwürfe, einschließlich des wirksamen Teilplans Windenergie in der Planungsregion Mittelthüringen, dann befinden sich etwa 43 % aller Windenergieanlagen außerhalb der aktuellen Vorranggebiete. Und wenn ich jetzt noch den von Ihnen favorisierten Mindestabstand zu Wohngebäuden dazu nähme, dann kommen noch etwa ein Drittel der wirksamen oder geplanten Vorrangflächen dazu, die näher als 1250 Meter zu den Ortslagen liegen und auf denen dann nicht mehr repowert werden dürfte.

So einfach ist die Sache also nicht! Aber dass hier Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten. In unserem Koalitionsvertrag waren wir uns darüber einig, dass die Möglichkeiten des Repowering von Windenergieanlagen bei der Bestimmung der Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten stärker genutzt werden sollten (S. 54 f.).

4. Das Thema Versorgungssicherheit. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass es gleich in der ersten Diskussionsrunde, die ich mit Vertretern der Bürgerinitiativen im Rahmen des Runden Tisches Windenergie geführt habe, ganz intensiv genau um dieses Thema ging. Und ich habe Verständnis dafür, dass man sich Sorgen darum macht, ob wir jetzt in der Energiepolitik die richtigen und geeigneten Maßnahmen ergreifen – für sichere, bezahlbare und saubere Energie. Aber ich kann Ihnen auch versichern, dass sich die Landesregierung ganz intensiv um diese Fragen kümmert.

Wir haben den Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien bis 2040 beschlossen, und wir haben diesen Beschluss getroffen auf der Grundlage einer Reihe von Studien und Untersuchungen, die uns gezeigt haben, dass das funktionieren kann.

So haben wir ein Energiesystemmodell Thüringen 2040 entwickeln lassen, mit dem es möglich ist, die technologisch notwendige Infrastruktur eines zukünftigen Energiesystems in Thüringen abzuschätzen und damit beispielsweise die Frage zu beantworten, welche technologischen Möglichkeiten und Wege wir haben, um 100% erneuerbar zu werden, und wie dieses System hinsichtlich der Gesamtkosten optimiert werden kann. Solche Energiesystemmodelle gibt es übrigens auch auf Bundesebene, und sie alle zeigen, dass die energiepolitischen Ziele sicher und zuverlässig erreicht werden können.

5. Mit Ihrer Forderung, die Einführung der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung zu unterstützen, bin ich uneingeschränkt einverstanden. Wir haben das auch immer getan. Dass die Bundesnetzagentur jetzt die im Energiesammelgesetz vorgesehene Einführung um ein Jahr auf den 1.7.2021 verschoben hat, lag an Sicherheitsbedenken, die gegen eine der möglichen Techniken bestehen. Wir hoffen, dass diese Bedenken bald ausgeräumt sind. Ganz aktuell ist auch der Bundesrat mit dieser Angelegenheit befasst.

6. Zu der Frage eines Moratoriums haben wir uns schon öfter mal ausgetauscht. Abgesehen davon, dass ich nicht sicher bin, was sich davon im Landesrecht überhaupt umsetzen ließe, sehe ich auch den Bedarf dazu nicht. Wir haben mit der sogenannten befristeten Untersagung nach dem Raumordnungsgesetz genau für die von Ihnen umschriebenen Fälle bereits ein wirksames Steuerungsinstrument, mit dem sich der von Ihnen vermutete Wildwuchs wirksam verhindern lässt. Das jedenfalls sind doch auch unsere Erfahrungen, die wir in Ostthüringen und in Mittelthüringen in dieser Situation gemacht haben.

7. Und schließlich die Frage der Überwachungspflicht: Es gibt eine Reihe von Bestimmungen, nach denen Windenergieanlagen auch jetzt schon durchgängig überwacht werden: vor Inbetriebnahme wird die bescheidkonforme Errichtung von Windkraftanlagen durch die Überwachungsbehörde unter Einbeziehung der Genehmigungsbehörde und der im Genehmigungsverfahren beteiligten Fachbehörden überprüft. Danach gibt es in der Regel alle zwei Jahre wiederkehrende Prüfungen der Anlagen durch unabhängige Sachverständige gemäß den Vorgaben der „Richtlinie für Windenergieanlagen – Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung“. Wenn ich bedenke wie vergleichsweise wenige Schadensfälle wir hier in

Thüringen hatten, dann müssten Sie mir die Defizite der bisherigen Überwachung schon nochmal etwas genauer erklären!

Anrede,

worauf es mir hier ankommt, ist vor allem zu verdeutlichen, dass wir im Zusammenhang mit dem Windenergieausbau Insgesamt viele Aspekte zu bedenken haben, und das erfordert ein sorgfältig abgewogenes Vorgehen, Austausch und Diskussion. Und darauf freue ich mich!

Vielen Dank.